

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN MIT PLANZEICHENERKLÄRUNG

Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2013 (BGBl I S. 3009).
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 133) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl I S. 466).
- Planzeichenverordnung (PlanzVO) i.d.F. vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl I S. 1509).
- Landesbauordnung (LBO) i.d.F. vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, ber. S. 416) zuletzt geändert durch Artikel 70 der Verordnung vom 25.01.2012 (GBl. S. 65, 73).
- Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg i.d.F. vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.04. 2013 (GBl. S. 55).

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen) können bei der Stadt Ravensburg, Stadtplanungsamt, eingesehen werden.

Mit In-Kraft-Treten des Bebauungsplans treten im Geltungsbereich alle bisherigen Festsetzungen außer Kraft. In Ergänzung der Planzeichnung wird Folgendes festgesetzt:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB und §§ 1 - 23 BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)

WA

1.1 Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

Im allgemeinen Wohngebiet mit der Bezeichnung WA1, WA2, WA3, WA8 und WA8a sind zulässig:
- Wohngebäude,
- die der Versorgung des Gebietes dienenden Laden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

Ausnahmsweise können zugelassen werden:
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störender Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen.

Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO ist die in § 4 Abs. 2 Nr. 3 genannte Art von Nutzungen - die Anlagen für Verwaltungen - nicht zulässig.

Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO sind die in § 4 Abs. 3 Nr. 4 und Nr. 5 genannten Ausnahmen - Gartenbaubetriebe, Tankstellen - nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Im allgemeinen Wohngebiet mit der Bezeichnung WA4, WA4a, WA5, WA6, WA7 und WA7a sind zulässig:
- Wohngebäude,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

Ausnahmsweise können zugelassen werden:
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störender Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen.

Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO sind die in § 4 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 genannten Arten von Nutzungen - die der Versorgung des Gebiets dienenden Laden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für sportliche Zwecke - nicht zulässig.

Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO sind die in § 4 Abs. 3 Nr. 2, Nr. 4 und Nr. 5 genannten Ausnahmen - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe, Tankstellen - nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

MD

1.2 Gewerbegebiete, eingeschränkt (§ 6 BauNVO)

Im eingeschränkten Gewerbegebiet (GEe) sind zulässig:
- Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören und öffentliche Betriebe,
- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude.

Gem. § 1 Abs. 5, 9 BauNVO sind folgende der in § 8 Abs. 2 genannten Arten der Nutzung nicht zulässig:
- Lagerhäuser und Lagerplätze,
- Tankstellen,
- Anlagen für sportliche Zwecke.

Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind Bordelle, bordellartige Betriebe und sonstige Erotikbetriebe unzulässig.

Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO ist die in § 8 Abs. 3 Nr. 3 genannte Ausnahme - Vergnügungsstätten - nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Ausnahmsweise können zugelassen werden:
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet sind sowie sonstige in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind.
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

Der Verkauf von Waren auf einer Fläche von max. 50qm in Handwerksbetrieben ist ausnahmsweise zulässig.

2. Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 (1) 5 BauGB)

GB

2.1 Zweckbestimmung: sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen.

3. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB; §§ 16 - 21 BauNVO)

0,30* 0,8* 4,0* GH 7,0*

3.1 Zulässige Grundflächenzahl
Die Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl mit Anlagen nach § 19 Abs. 4 BauNVO (Garagen, Stellplätze und ihre Zufahrten, Nebenanlagen i.S. des § 14 BauNVO) ist ausnahmsweise bis zu einem Maß der Gebäudedichte bei:
- im WA1, WA2 und WA3 bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 zulässig,
- im WA4, WA4a, WA5, WA6, WA7, WA7a, WA8 und WA8a bis zu einer Grundflächenzahl von 0,7 zulässig.

3.2 zulässige Geschossflächenzahl
In der Berechnung der Geschossflächenzahl sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in Nicht-Vollgeschossen einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenräume und einschließlich ihrer Umfassungswände vollständig mitzurechnen.

3.2 Zulässige Baumassenzahl

3.3 Gebäudehöhe
Die maximal zulässige Gebäudehöhe (GH) ist festgesetzt in in über der talsächlich vorhandenen Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EFH) zu messen.
Die maximal zulässige Gebäudehöhe darf
- im WA1 und WA2 bis zu 3m und
- im WA3 bis zu 4m

unter Einhaltung der Gebäudehöhe um bis zu 0,5m überschritten werden.

Die Gebäudehöhe wird gemessen von der talsächlich vorhandenen Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EFH) bis zur Oberkante des Dachfirstes oder zum oberen Abschluss der Außenwand.

4. Bauweise, Baugrenzen (§ 9 (1) 2, 2a, 4, 6, 11 BauGB; §§ 22 - 23 BauNVO)

a

4.1 Baugrenze
Die überbaubaren Grundstücksflächen ergeben sich gemäß § 23 BauNVO durch die Baugrenzen im Lageplan.

4.2 Flächen für Tiefgaragen, Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen
Tiefgaragen, Garagen und Garagen, offene Garagen (Carports), Stellplätze und Nebenanlagen, soweit Gebäude, sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und der gemäß Planeinschrieb festgesetzten Flächen zulässig.

Zulässig sind:

GA – Garagen
CP – Carports,
Wände von Carports müssen mind. 2m von der öffentlichen Verkehrsflächengrenze zurückversetzt sein.
ST – Stellplätze,
NA – Nebenanlagen, soweit Gebäude.

Tiefgaragen sind im allgemeinen Wohngebiet mit der Bezeichnung WA1, WA2, WA3, WA8 und WA8a, im eingeschränkten Gewerbegebiet (GEe) und in der Fläche für den Gemeinbedarf (FGS) auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Im eingeschränkten Gewerbegebiet (GEe) sind Garagen und Nebenanlagen, soweit Gebäude, nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und nur zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der festgesetzten Baugrenze entlang der Zuppinger Straße zulässig.

4.3 Bauweise
Es ist die offene Bauweise (o) bzw. die abweichende Bauweise (a) festgesetzt. Zulässig sind gemäß Planeinschrieb:

o – offene Bauweise

a1 – abweichende Bauweise, Hauptbaukörper sind auf der nördlichen und / oder südlichen Grundstücksgrenze innerhalb der sonstigen Festsetzungen zulässig.

a2 – abweichende Bauweise, Hauptbaukörper sind auf der östlichen Grundstücksgrenze innerhalb der sonstigen Festsetzungen zulässig.

a3 – abweichende Bauweise, Hauptbaukörper sind auf der östlichen Grundstücksgrenze innerhalb der sonstigen Festsetzungen zulässig.

a4 – abweichende Bauweise, im Sinne der offenen Bauweise jedoch ohne Längenbeschränkung.

a5 – abweichende Bauweise, Hauptbaukörper in offener Bauweise mit reduzierten Grenzabständen zur Ausrichtung der überbaubaren Fläche

a max L=40m – abweichende Bauweise, maximal zulässige Baukörperlänge L=40m.

D – nur Doppelhäuser.

H – nur Hausgruppen.

ZWO

4.4 Stellung der baulichen Anlagen (Firstrichtung)
Die Stellung der baulichen Anlagen ergibt sich durch die parallele Anordnung des Hauptbaukörpers zur festgesetzten Firstrichtung.

4.5 Zahl der Wohnungen
Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

5. Verkehrsflächen (die Aufteilung der Verkehrsfläche ist unverbindlich) (§ 9 (1) 11 BauGB)

5.1 Straßenverkehrsflächen

5.2 Straßenbegrenzungslinie

5.3 Verkehrsgrün als Bestandteil der Verkehrsanlagen

- Verkehrsgrün
- Vorhandener Wall mit Gehölzstruktur

5.4 Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung gem. Planeinschrieb

- Öffentliche Parkfläche
- Mischverkehrsfläche
- Fußgängerbereich / Rad- und Fußweg

5.5 Ein- und Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen
E/A – Ein- und Ausfahrten

6. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 9 (1) 12 BauGB)

6.1 Flächen für Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung: Elektrizität

7. Grünflächen (Lage der Fußwege ist unverbindlich) (§ 9 (1) 15 BauGB)

7.1 Öffentliche Grünflächen mit Zweckbestimmung gem. Planeinschrieb

- Wiesenfläche für wohngebietsbezogene Erholung, Durchwegung und Ausgleichsflächen
- Parkanlage

8. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 (1) 16 BauGB)

8.1 Wasserflächen mit Zweckbestimmung gem. Planeinschrieb

- Weiher
- Aischenlochbach

9. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) 20, 25a und b BauGB)

9.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Maßnahme M1: Erhalt des geschützten Biotops
Das gesetzlich geschützte Biotop ist in seinem Bestand dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Notwendige Eingriffe zum Erhalt der Verkehrssicherungspflicht sind zulässig. Bei Durchführung der Bauarbeiten sind die Vorgaben der DIN 18920 und RAS-LP 4 zu beachten.

Maßnahme K1: Entwicklung und Erhaltung bisherrecher Gehölzstrukturen
In den festgesetzten Flächen sind extensiv genutzte erbrenische Wiesenflächen durch Ansaat von autochthonem Saatgut zu entwickeln (20% Blumen, 80% Gräser). Die Flächen sind jährlich zu mähen und dauerhaft zu erhalten, der anfallende Grasschnitt ist abzutransportieren. Auf Düngung und Pflanzenschutzmittel ist zu verzichten. Des Anlagen von Gehwegen ist zulässig.

Stützmauern zu öffentlichen Grünflächen dürfen nicht durch Haus- oder Grundstückszugänge unterbrochen werden.

Maßnahme K2: Anpflanzen von klein- bis mittelkronigen Bäumen mit festen Standort in den Straßenräumen und in öffentlichen Flächen
Am festgesetzten Standort in den Straßenräumen und in öffentlichen Flächen sind Bäume gemäß Planeinschrieb gemäß Pflanzliste 1 zu pflanzen (Pflanzqualität H mB 8xU 16-20cm). Der Baum kann parallel zur Grundstücksgrenze in jede Richtung um bis zu 3m verschoben werden.
Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Die mit der Anpflanzung verbundenen Einschränkungen sind von den Anwohnern zu dulden.

Maßnahme K3: Anpflanzen von Bäumen in öffentlichen Grünflächen in den festgesetzten Flächen sind mittel- bis großkronige Bäume als Hochstämme gemäß Pflanzliste 2 zu pflanzen (Pflanzqualität H mB 8U / 16-20cm). Der Baum kann in jede Richtung um bis zu 3m verschoben werden.
Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Die mit der Anpflanzung verbundenen Einschränkungen sind von den Anwohnern zu dulden.

Maßnahme K4: Anpflanzung von dichten Feldgehölzen
In den festgesetzten Flächen sind autochthone standortgerechte Sträucher und einzelne hochstämme als Feldgehölzstrukturen gemäß Pflanzliste 3 zu pflanzen (Pflanzqualität 2 x v. 100 - 150cm, Pflanzdichte 1 Str / 2qm, Laubbäume H mB 8U 16-20cm oder Stammbusch / Solitär Höhe 250 - 300cm). Mindestens 50 % der Fläche sind mit Sträuchern und Hochstämmen dicht zu bepflanzen; auf der restlichen Fläche sind extensive artenreiche Wiesen mit autochthonem Saatgut (20% Blumen, 80% Gräser) anzulegen. Die Flächen sind in mehrjährigem Abstand zu mähen, das Mähgut ist abzuführen. Auf Düngung und Pflanzenschutzmittel ist zu verzichten.
Die Anpflanzungen sind dauerhaft naturnah zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Die mit der Anpflanzung verbundenen Einschränkungen sind von den Anwohnern zu dulden.

Maßnahme K5: Anlegen einer Röhricht- und Hochstaudenfläche in den festgesetzten Flächen sind Röhricht und Hochstauden zu pflanzen. Die Flächen sind alle 3 - 5 Jahre außerhalb der Vegetationszeit zu mähen, das Mähgut ist abzuführen. Auf Düngung und Pflanzenschutzmittel ist zu verzichten.
Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

Maßnahme K6: Anlegen eines Steinriegels
In den festgesetzten Flächen ist ein Lesesteinriegel zur Aufwertung als Lebensraum für Tiere anzulegen. Die Fläche ist nach Bedarf von Vegetation zu befreien.

Maßnahme K9: Gewässerbegleitende Heckenstrukturen
In den festgesetzten Flächen sind Hecken mit standortgerechte artenreiche Aschenhöhlgehölze ist auf einer Länge von ca. 300m ein 10m breiter, extensiver Gewässerrandstreifen herzustellen. Zu verwenden ist standortgerechtes autochthones Saatgut. Je nach Bedarf alle 1 bis 3 Jahre ist ein Pflegeschnitt durchzuführen. Das Mähgut ist abzuführen. Auf Düngung ist abzuführen. Auf Düngung und Pflanzenschutzmittel ist zu verzichten.
Entlang der Ackerfläche sind einreihige Gehölzgruppen (Pflanzqualität 2xv 100 - 150cm) der Pflanzenliste 3 zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen. Die Pflanzungen sind entsprechend den der Abgrenzung zur Ackerfläche. Die Fortgrenzen sind außerhalb der Vegetationszeit abschnittsweise auf den Stock zu setzen.

9.2 Umgrenzung von Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (MD)

Vorhandene innere und flächige Gehölzstrukturen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Bei Durchführung der Bauarbeiten sind die Vorgaben der DIN 18920 und RAS-LP 4 zu beachten.

9.3 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (MD)

a) Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen auf 60 % der Fläche
Bäume und Sträucher sind gemäß Pflanzliste 3 zu pflanzen (Pflanzqualität 2 x v. 100 - 150cm). Die Flächen sind in mehrjährigem Abstand zu mähen, das Mähgut ist abzuführen. Auf Düngung und Pflanzenschutzmittel ist zu verzichten.

b) Anpflanzung von Baum- und Strauchgruppen
In den festgesetzten Flächen sind mindestens auf 60 % der Fläche Strauchgruppen und / oder Heisterbäume zu pflanzen (Pflanzqualität 2 x v. 100 - 150cm, Heister 3 x v. 200 - 250 cm). Die Flächen sind in mehrjährigem Abstand zu mähen, das Mähgut ist abzuführen. Auf Düngung und Pflanzenschutzmittel ist zu verzichten. Ausgenommen sind Nadelgehölze und Gehölze mit panachierten Blättern.

Anpflanzung und Unterhalten Hecken
Auf den privaten Grundstücksflächen sind entlang der Stützmauer geschnittene Hecken mit einer Höhe von max. 1,20m gemäß Pflanzenliste 5 zu pflanzen. Innerlegende Metall- oder Drahtgitterzäune sind zulässig.

Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Einschränkungen sind von den Anwohnern zu dulden.

9.4 Erhaltung von Bäumen (Pflanzbindung)
Bäume sind vor Beeinträchtigungen durch Baumaßnahmen (Beachtung der Vorgaben der DIN 18920 und RAS-LP 4) zu schützen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gemäß Pflanzliste zu ersetzen.

9.5 Anpflanzen von Bäumen mit festem Standort
An den eingezeichneten Standorten sind Bäume gemäß Baum gemäß Pflanzliste 1 zu pflanzen (Pflanzqualität H mB 8U / 16 - 20cm). Der Baum kann in jede Richtung um bis zu 3m verschoben werden. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

9.8 Anpflanzungen von Bäumen ohne festen Standort
An eingezeichneten Standorten sind Bäume gemäß der privaten Kfz-Stellplätze pro angefangenen 6 Stellplätze mit je einem klein- bis mittelkronigen Baum gemäß Pflanzliste 1 zu pflanzen (Pflanzqualität H mB 8U / 16 - 20cm). Größe der durchwurzelbaren, unbefestigten Fläche mindestens 10 qm. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

9.7 Zuordnung von Kompensationsmaßnahmen zu Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen gem. § 9 (1a) BauGB

	Fläche in m²	Anteil in %	Zuordnung K1, K3, K4, K5, K6 in m²	Zuordnung K1,K3 bis K5, K6 in %
Baublocknr. 1 Verkehrsfläche	2560	12	6367	12
Wohnbaufläche	18 433	88	7789	14
Baublocknr. 2 Verkehrsfläche	3166	15	7929	15
Wohnbaufläche	6004	29	9831	18
Baublocknr. 3 Verkehrsfläche	867	4	2231	4
Wohnbaufläche	1357	6	1731	3
Gewerbegebiet Verkehrsfläche	994	5	2472	5
Gewerbefläche	1374	6	3350	4
Gemeinbedarf Verkehrsfläche	0	0	0	0
Baufläche	305	1	499	1
öffentliche Grünfläche Grünfläche	450	2	1119	2
Gesamt	**21470**		**103**	

10. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen

R

10.1 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 (7) BauGB)

GR*

10.2 Mit Geh-, Fahr-, und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 (1) Nr. 21 BauGB)

GR – Gehrecht zugunsten der Gemeinde

LR – Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde mit einem Ausschlussrecht durch den Versorger

10.3 Abgrenzung unterschiedlicher Arten der Nutzung (§ 1 (4) BauNVO

10.4 Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen (§ 16 (5) BauNVO)

EFH 499,5*

10.5 Höhenlage baulicher Anlagen (§ 9 (3) BauGB und § 18 (1) BauNVO)
Die Höhenlage baulicher Anlagen ist als Erdgeschossrohfußbodenhöhe gem. Planeinschrieb festgesetzt in m über N.N. Abweichungen um +/- 0,30m sind zulässig.

10.6 Schallschutzvorkehrungen (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB)
Entlang den festgesetzten Linien ist für Gebäude mit Aufenthaltsräumen entsprechend der DIN 4109 für den festgesetzten Schallpegel II das erforderliche bewertete Bauschalldämm-Maß nachzuweisen und zwar für Gebäude mit folgenden Räumen:

a) Bettenräume in Krankenhausanstalten und Sanatorien; erf. R´w: res 35 dB (entspricht Schallschutzklasse Klasse III nach DIN 2719)

b) Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume u.ä.; erf. R´w: res 30 dB (entspricht Schallschutzklasse Klasse II nach DIN 2719)

c) Büroräume u.ä.; erf. R´w: res 30 dB (entspricht Schallschutzklasse II DIN 2719)

10.7 Herstellung der Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 26 BauGB
Die Verkehrsflächen sind mit Heisterdecken, Sickerrucksit infolge der Herstellung der Verkehrs- anlagen sowie Straßenentwässerungsmaßnahmen, Böschungsbögen und das Verlegen von Anschlusskabel für die Straßenbeleuchtung sind vom Eigentümer auf seinem Grundstück zu dulden.
Böschungen infolge der Herstellung der Verkehrsanlagen sind vom Eigentümer auf seinem Grundstück zu dulden.

11. Nachrichtliche Übernahmen

11.1 Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Das gesetzlich geschützte Biotop ist in seinem Bestand dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Notwendige Eingriffe zum Erhalt der Verkehrssicherungspflicht sind zulässig. Bei Durchführung der Bauarbeiten sind die Vorgaben der DIN 18920 und RAS-LP 4 zu beachten.

B. Kennzeichnungen und Hinweise (keine Festsetzungen)

1. Fließende der Nutzungsschablone

a		a
a1		a1
a2		a2
a3		a3
a4		a4
a5		a5
a max L=40m		a max L=40m
D		D
H		H

a) Art der baulichen Nutzung
b) Bauweise
c) Grundflächenzahl
d) Geschossflächenzahl
e) Gebäudehöhe
f) Bauweise
g) Dachform
h) Höchstzulässige Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden

2. Stützmauer

3. Standort für die Bereitstellung von Müllgefäßen am Tag der Abholung

4. Gewässerschutz
Mit Rücksicht auf die Minimierung des Metallgehaltes im Niederschlagswasser sollten unbeschichtete Metalle (Kupfer, Zink, Titanzink, Blei) bei folgenden Bauteilen nicht verwendet werden: Dachdeckungen, Dachrinnen, Fallrohre. Diese Materialien erhöhen den Gehalt an Schwermetallen im Dachablauf. Gewässerschonende Alternativmaterialien sind Aluminium, beschichtetes Zink und Kunststoffe.

5. Bodenschutz
Wird bei Eingriffen in den Untergrund vorvermutetes Erhaltsmaß angetroffen, so ist dieses entsprechend den abfall- und bodenschutzrechtlichen Bestimmungen zu verwerten bzw. zu entsorgen.

Oberboden ist gemäß BodtschG fachgerecht abzutragen, zu lagern und wiederzuverwenden. Die Lagerung des Oberbodens in Mieten ist bis zu 1m Höhe zulässig. Bei Lagerung von länger als einem Jahr ist eine fachgerechte Zwischenbegrünung einzusäen. DIN 18915 ist anzuwenden.

6. Freiräumen der Baufelder außerhalb der Brutzeit von Vögeln
Die Baufelder sind zum Schutz brütender Vögel nur in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar freizumachen.

7. Minderung der Lichtimmission
Es wird empfohlen für die Straßenbeleuchtung insektenfreundliche Lampen und Lautmittelnur zu verwenden. Die Lampenhöhe sowie die Ausrichtung der liegenden Lichtkörper nach unten strahlen und die Leuchtdichte sollen vollständig dicht eingefasst sein. Flächig angestrahlte Wände sollen vermieden werden.

8. Energiesparung
Die Nutzung regenerativer Energien wird durch das EEWärmeG des Bundes beim Neubau vorgegeben. Über gesetzliche Anforderungen hinausgehende Energieeinsparmaßnahmen werden ausdrücklich begrüßt.

9. Denkmalschutz
Sollten im Zuge von Erdarbeiten archäologische Funddaten (z.B. Mauern, Scherben, Knochenfunde u.ä.) angetroffen oder Funde gemacht werden (z.B. Scherben, Metallteile, Knochen o.ä.) ist das Regierungspräsidium Tübingen, Referat Archäologische Denkmalpflege unverzüglich zu benachrichtigen. (§ 20 DSchG)

10. Anschluss and Benutzungszwang
Auf die Satzung "Anschluss von Wohnbaugrundstücken an die Wasserversorgung im Gemeingebiet des Bebauungsplans "Am Hofgut " vom wird hingewiesen.

C. Zeichenerklärung der Plangrundlage

1. vorhandene Flurstücksgrenze und Flurstücksnummer

2. Geplante Grundstücksgrenze

3. Höhenlinie mit Höhenangabe im m über N.N. (Abstand 0.5m)

4. Höhenpunkt mit Höhenangabe in m über N.N.

5. Vorhandene Neben- und Hauptgebäude mit Hausnummer

6. Abzubrechende landwirtschaftliche Gebäude

7. Bestandsbaum in unterschiedlicher Darstellung

8. Böschungen

D. ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN gemäß § 74 Landesbauordnung für Baden-Württemberg

1. Äußere Gestalt baulicher Anlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

1.1. Dach / Dachaufbauten / Dachrein/nrte / Dachdeckung
Die Dachform und -neigungen der Hauptbaukörper sind gemäß den Eintragungen in den Nutzungsschablonen festgesetzt.

Dachaufbauten sind nicht zulässig.

Für die Dacheindeckung sind nur extensiv begrünte Dächer (mind. 10 cm Substrataufschicht) zulässig. Zur Solarenergienutzung sind andere Arten der Dacheindeckung zulässig. Flächen unter aufgeständerten Anlagen für Solarthermie und Photovoltaik sind zu begrünen.

Anlagen zur Solarenergienutzung sind nur als symmetrisch wirkende Flächen und auf geneigten Dächern nur in derselben Dachneigung zulässig.

1.2 Gestaltung von Garagen und Nebenanlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO, Garagen und Nebenanlagen, soweit Gebäude, sind nur mit extensiv begrünten Flachdach (min. 10 cm Substrataufschicht) zulässig.

Müllboxnenstandplätze und Lagerplätze für Abfall sind mit einem festen Sichtschutz zu einfassen.

1.3 Fassadengestaltung
Für die Fassadengestaltung sind grelle Farbtöne unzulässig.

2. Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

2.1 Einfriedungen
Zäune sind ohne durchgehend sind Einfriedungen zu öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen nur als sockellose standortgerechte Laubhecken mit / ohne eingebundenen Maschendrahtzaun bis 1,20m Höhe zulässig.

Zur öffentlichen Verkehrsfläche ist ein Abstand von 0,50m einzuhalten.

2.2 Stellplätze und Zufahrten
Die öffentlichen und privaten Stellplätze für Kraftfahrzeuge im Allgemeinen Wohngebiet sowie deren Zufahrten dürfen nicht mit geschlossenen Belagen gebaut werden Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belagen zu befestigen, z.B. Rasenschutzwabenplatten, Rasenpflaster, Rasengittersteine, Schotterrasen.

3. Werbeanlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

Werbeanlagen im eingeschränkten Gewerbegebiet dürfen die festgesetzte Gebäudehöhe nicht überschreiten.

4. Ordnungswidrigkeiten

Verstöße gegen die örtlichen Bauvorschriften (§ 74 LBO) werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 75 Abs. 3 und 3 LBO behandelt.

Hinweise

1. Füllschema der Nutzungsschablonen:
a) Dachform (SD - Satteldach, FD - Flachdach)
b) Dachneigung

E. Anlage - Pflanzenlisten

Pflanzenliste 1
Pflanzung von klein- und mittelkronigen Bäumen in Straßenräumen und an öffentlichen Plätzen sowie im eingeschränkten Gewerbegebiet Pflanzqualität mindestens H mB 8U 18 - 20cm gemäß den Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen der FLL und nach der DIN 18916, eine gerade Stammentwicklung muss vorhanden sein.

Botanischer Name	Deutscher Name
Amelanchier arborea Cs. z.B. 'Robin Hill'	Felsenbirne LS.
Tilia cordata Ls. z.B. 'Greenspire'	Winterlinde LS.
Carpinus betulus Ls. z.B. 'Fastigiata'	Hainbuche LS.
Fraxinus ornus Ls.z.B. 'Rotterdam'	Blumenesche LS.
Malus hchonskii	Wollapfel
Malus-Hybride Ls.	Zierapfel LS.
Prunus avium 'Plena'	gefüllstblühende Vogelkirsche
Prunus padus	Traubenkirsche
Prunus padus Ls.z.B. 'Schloß Tiefurt'	Trauben-Kirsche LS.
Prunus x schmittii	Schmitts Kirsche
Sorbus aria	Hainbuche
Sorbus aucuparia	Eberesche

Pflanzenliste 2
Pflanzung von mittel- bis großkronigen Bäumen in öffentlichen Grünflächen Pflanzqualität mindestens H mB 8U 18 - 20cm gemäß den Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen der FLL und nach der DIN 18916, eine gerade Stammentwicklung muss vorhanden sein.

Botanischer Name	Deutscher Name
Acer campestre	Feldahorn
Alnus glutinosa	Schwarzerle
Carpinus betulus	Hainbuche
Corylus avellana	Gemeiner Hasel
Fagus sylvatica	Buche
Ligustrum vulgare	Liguster
Prunus avium	Vogelkirsche
Malus sylvestries	Wildapfel
Prunus avium	Vogelkirsche
Prunus padus	Traubenkirsche
Prunus spinosa	Schlehdorn
Quercus robur	Stieleiche
Rosa canina	Heckenrose
Salix triandra	Mandelweide
Salix viminalis	Korbweide
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Sambucus racemosa	Traubenholunder
Viburnum lantana	Wolliger Schneeball
Viburnum opulus	gemeiner Schneeball

Pflanzenliste 4
Pflanzung von autochthonen Gehölzen (HKB)
Pflanzqualität mindestens Str 2 x v.100 - 150cm gemäß den Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen der FLL und nach der DIN 18916

Botanischer Name	Deutscher Name
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Rote Heckenkirsche
Prunus spinosa	Schlehdorn
Salix purpurea	Purpurweide
Salix triandra	Mandelweide
Salix viminalis	Korbweide
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Viburnum lantana	wolliger Schneeball
Viburnum opulus	gemeiner Schneeball

Pflanzenliste 5
Pflanzung zur Entwicklung von geschnittenen Hecken
Pflanzqualität Str 2 x v 100 - 150cm, Pflanzdichte mind. 3 Str. / lfd. m

Botanischer Name	Deutscher Name
Ligustrum vulgare	Liguster
Carpinus betulus	Hainbuche

Verfahrensvermerke

1. Aufstellungsbeschluss durch den Ausschuss für Umwelt und Technik	am	08.02.2012
2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses	vom	11.10.2012
3. Bekanntmachung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	am	06.10.2012
4. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	vom bis	15.10.2012 16.11.2012
5. Frühzeitige Behördenbeteiligung	vom bis	15.10.2012 26.11.2013
6. Billigung des Bebauungsplanentwurfes und